

Wenn man einen BAföG-Antrag stellt, dann macht man das nicht aus Spaß, sondern weil man auf das Geld angewiesen ist. Unser Ziel ist es, dass die Studierendenwerke in die Lage versetzt werden, die Anträge möglichst schnell zu bearbeiten.

Machen Sie sich mal keine Sorgen: Die Studentenwerke brauchen keine Detailregelung. Sie sind das soziale Rückgrat der Hochschullandschaft. Sie wissen ganz genau, wie das geht.

Wir haben uns mit den Studentenwerken zusammengesetzt, was dazu geführt hat, dass es jetzt schon innerhalb des Jahres 20 Stellen mehr für die Bearbeitung der BAföG-Anträge gibt. Und wir werden auch in den nächsten Haushalten dafür sorgen, dass die Studentenwerke mehr Geld bekommen, um dem doppelten Abiturjahrgang wirklich gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, um was geht es im Kern? Im Kern geht es darum, dass die Studierenden schnell ihr Geld erhalten. Darum kümmern wir uns als Landesregierung. Deswegen begrüße ich den Antrag von SPD und Grünen sehr. Das ist ein Thema, das bei dieser Landesregierung wirklich in guten Händen ist. Ich würde mir eine breite Zustimmung zu diesem Antrag auch wirklich wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grüne haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 16/813** zu? – Die SPD, die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens stimmen wir ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/872**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/887**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und die Piratenfraktion. Enthält sich jemand? – Die Fraktion der FDP und fünf Pirat(inn)en enthalten sich. Dennoch ist die Entscheidung eindeutig: Der Antrag ist **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/904** ab.

Wer stimmt dem Antrag zu? – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten, SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Die CDU enthält sich.

(Zurufe)

– Fünf haben sich enthalten. Gleichwohl ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 6 und kommen nun zu Tagesordnungspunkt

7 Fragestunde

Drucksache 16/830

Mit dieser Drucksache liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 1 bis 3 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 1

der Frau Abgeordneten Yvonne Gebauer von der Fraktion der FDP auf:

Mit welchen Maßnahmen will die Ministerin für Schule und Weiterbildung sicherstellen, dass der Lehrerberuf der Schulen gesichert wird?

In Nordrhein-Westfalen können viele Lehrerstellen nicht besetzt werden. Laut einer dapd-Umfrage kritisierten am 8. September 2012 unterschiedliche Lehrerverbände, dass es nicht gelänge, die vorhandenen Stellen an den Schulen zu besetzen. So erklärte laut dapd-Meldung der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, aufgrund einer starken Konkurrenz zu anderen Schulformen mangle es an den Berufskollegs an Lehrern. Auch der Philologenverband teilte mit, dass die Schulen nicht alle ausgeschriebenen Stellen besetzen könnten, da insbesondere im Bereich der Mangelfächer wie zum Beispiel Mathematik, Physik oder Kunst nicht genügend Bewerber zur Verfügung stünden. Hiervon sei ganz besonders der ländliche Raum betroffen. Der Verband Erziehung und Bildung erklärte darüber hinaus, dass in großer Zahl Sonderpädagogen fehlen würden. So ginge die rot-grüne Landesregierung von lediglich 3.000 zusätzlich benötigten sonderpädagogischen Stellen aus, nach Einschätzung des VBE jedoch würden bis zu 10.000 zusätzliche sonderpädagogische Fachkräfte benötigt. Udo Beckmann forderte daher, dass es mehr Studienplätze geben müsse.

Zwar teilte das Ministerium für Schule und Weiterbildung auf Anfrage mit, dass zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 „nur“ 462 Stellen nicht besetzt werden könnten. Jede unbesetzte Stelle

stellt jedoch die Schulen vor große Probleme und schränkt die Fördermöglichkeiten für die nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler ein.

Mit welchen Maßnahmen will die Ministerin für Schule und Weiterbildung sicherstellen, dass der Lehrerberuf der Schulen gesichert wird?

Frau Ministerin Löhrmann, ich muss jetzt mal die neue Technik bedienen. – Sie können nun Ihre Antwort starten. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Fragestellung ganz ernst nehmen würde, dann müsste ich jetzt auf Kollegin Schäfer, Kollegin Steffens oder andere verweisen. Ich will sie aber konstruktiv aufnehmen und davon ausgehen, dass Sie wissen möchten, wie wir den Lehrerberuf decken, und nicht, wie wir ihn sichern.

Frau Kollegin Gebauer, Ihre Frage konstatiert ausgehend von einer dapd-Umfrage, am 8. September 2012 hätten unterschiedliche Lehrerverbände kritisiert, dass es nicht gelänge, die vorhandenen Stellen an den Schulen zu besetzen.

Ich möchte dem Duktus Ihrer Anfrage folgend in drei Schritten antworten. Erstens nenne ich, um eine gemeinsame Basis herzustellen, die Zahlen und Fakten des letzten Einstellungsverfahrens. Zweitens sage ich kurz etwas zu den genannten Problemen aus Sicht der Lehrerverbände. Drittens gebe ich Ihnen einen Ausblick über die Maßnahmen der Landesregierung zur Lehrkräftegewinnung an den Schulen.

Zum ersten Punkt – Zahlen und Fakten –: Die Zahl der Einstellung in den öffentlichen Schuldienst in Nordrhein-Westfalen liegt auch 2012 auf unvermindert hohem Niveau. In den Jahren 2000 bis 2004 wurden jahresdurchschnittlich 6.700 Lehrkräfte eingestellt. 2005 bis 2009 waren es 6.300, 2010 waren es gut 6.700, 2011 waren es aufgrund der von Rot-Grün zusätzlich geschaffenen Stellen 8.600. Im laufenden Jahr waren es bisher knapp 6.700 Lehrkräfte.

Die Zahl der Stellen, die im Einstellungsverfahren nicht besetzt werden konnten, ist in 2012 besonders gering ausgefallen. Während 2009 noch 1.400 Stellen, 2010 rund 950 Stellen und 2011 knapp 900 Stellen nicht besetzt werden konnten, sind es aktuell knapp 350. Damit die Zahlen richtig eingeordnet werden können, gebe ich den Hinweis, dass ich in der Schuljahrespressekonferenz die Zahl 462 genannt habe, wir aber inzwischen erfreulicherweise noch einige Nachbesetzungen vornehmen konnten.

Der Anteil der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger an allen Neueinstellungen ist von 15,5 % in 2010 auf aktuell 5,8 % gesunken. Das zeigt: Wir

schaffen es in letzter Zeit wirklich, die ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, um unseren Bedarf zu decken, und müssen weniger auf Seiteneinsteiger zurückgreifen.

Zum zweiten Punkt – zitierte Einzelprobleme –:

Zur Mitteilung des Philologenverbandes, dass insbesondere in Mathematik, Physik oder Kunst nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen: Die Fächer, in denen die Personalgewinnung gerade in regionalen Randlagen teilweise schwierig ist, sind bekannt. Für die Schulform Gymnasium gilt jedoch, dass sich der Lehrerarbeitsmarkt mit dem doppelten Entlassjahrgang im Sommer 2013 grundsätzlich wandeln wird. Die zeitweise sehr knappe Bewerberlage wird sich deutlich entspannen, wenn wir auch nicht alle Schwierigkeiten lösen können.

Zur Erklärung des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, aufgrund einer starken Konkurrenz zu den anderen Schulformen mangle es den Berufskollegs an Lehrkräften: Ja, das ist so. Selbstverständlich konkurrieren die Wirtschaftsschulen mit den allgemeinbildenden Schulen um Lehrkräfte mit der Lehramtsbefähigung für die Sekundarstufe II. Dies führt, wenn es um sogenannte Mangelfächer geht, zu einer Verschärfung der Problematik. Allerdings wird auch hier die durch den doppelten Entlassjahrgang an Gymnasien verursachte Entspannung zu spüren sein.

Zur Zahl der fehlenden sonderpädagogischen Fachkräfte: Die von der Fragestellerin in diesem Zusammenhang genannte Zahl von bis zu 10.000 zusätzlichen Lehrkräften beschreibt nicht einen derzeitigen Mangel an Lehrkräften im Bereich der sonderpädagogischen Förderung. Es handelt sich vielmehr um die Wunschvorstellung des Verbandes Bildung und Erziehung zum künftigen Mehrbedarf für die Inklusion. Dieser wird allerdings von der Landesregierung nicht in dieser Höhe gesehen.

Ich komme zum dritten Punkt – zu den Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung –: In Nordrhein-Westfalen haben wir eine Reihe von sinnvollen und zielführenden Maßnahmen, um die Lehrkräftegewinnung für die Schulen zu unterstützen. Die Vorgängerregierung hat das Frühbucherverfahren eingeführt, mit dem Bewerberpotenzial frühzeitig an das Land Nordrhein-Westfalen gebunden wird. Das hatte positive Effekte. Deswegen führen wir das fort.

Ebenfalls hat die Vorgängerregierung das vorgezogene Listenverfahren eingeführt, über das Schulen in schwer zu versorgenden Regionen bereits vielfach Lehrkräfte gewinnen konnten.

Im April haben Frau Kollegin Schulze und ich ein Fünf-Punkte-Programm zur Sicherung des Lehrernachwuchses an Berufskollegs vorgestellt, das mit seiner Mischung aus kurz- und längerfristigen Maßnahmen in den kommenden Jahren seine Wirkung entfalten und zur Lehrkräfteversorgung in den tech-

nisch-gewerblichen Fachrichtungen beitragen wird. Zusätzlich haben die Wissenschaftsministerin und ich eine wissenschaftliche Expertenkommission eingesetzt, die Vorschläge zur Erhöhung des Berufskolleg-Lehrkräftenachwuchses machen soll.

Die Landesregierung hat im Rahmen der Schulgesetznovelle „Gesetz zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots in Nordrhein-Westfalen (8. Schulrechtsänderungsgesetz)“ Maßnahmen zum besonderen Erwerb des Lehramts für sonderpädagogische Förderung vorgestellt, die gerade im Inklusionsprozess kurzfristig einen wichtigen Beitrag zur Lehrerversorgung im Bereich der sonderpädagogischen Förderung leisten werden. Dazu wird in Art. 3 in § 20 des Lehrerausbildungsgesetzes nach Abs. 9 der Abs. 10 eingefügt. Der Gesetzentwurf wurde gestern in erster Lesung beraten. Zu diesem Baustein des Gesetzes habe ich gestern auch erfreulicherweise keine Kritik vernommen.

Zudem werden wir über eine Erhöhung der Studienkapazitäten im Bereich Sonderpädagogik diskutieren müssen.

Meine Damen und Herren, es geht in der Mündlichen Anfrage um die Sicherung der Lehrkräfteversorgung an den Schulen. Die Lehrkräfteversorgung bzw. der sogenannte Lehrermangel in bestimmten Lehrämtern, Fächern und Fachrichtungen ist seit mehr als zehn Jahren Thema nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in den meisten Bundesländern. Dabei haben die Länder in der Regel ähnliche fach- und lehramtspezifische Schwierigkeiten zu bewältigen.

Für Nordrhein-Westfalen gilt: Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in den sogenannten MINT-Fächern, teilweise in den musischen Fächern Kunst und Musik, in einigen technisch-gewerblichen Fachrichtungen der Berufskollegs, insbesondere Kfz-Technik, Maschinenteknik und Elektrotechnik, sowie in einigen sonderpädagogischen Fachrichtungen, insbesondere emotionale und soziale Entwicklung, ist geringer als der Lehrkräftebedarf.

Die Daten der vergangenen Jahre und die unzweifelhaft sehr gute Bilanz des aktuellen Einstellungsverfahrens sollen nicht über bestehende Probleme hinwegtäuschen. Sie verdeutlichen aber, dass das Problem der Lehrkräfteversorgung nicht der einen oder anderen Regierung zugeordnet werden kann, sondern ein Dauerproblem ist, das sich einfachen Lösungen entzieht.

Die Landesregierung informiert mit der veröffentlichten Prognose dezidiert über die Chancen im Lehrerberuf. Ich werbe, wann und wo immer ich kann, für den Lehrernachwuchs. In welchem Umfang die jungen Menschen diese Beratung annehmen und ihr Studienverhalten danach ausrichten, entzieht sich jedoch weitgehend dem Einfluss der Landesregierung. Wir alle können dazu beitragen, indem wir

gut über unsere Lehrerinnen und Lehrer und ihre wichtige Aufgabe sprechen. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt eine Nachfrage von Frau Kollegin Schmitz. Bitte schön, Frau Schmitz.

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank für das Wort. – Sehr geehrte Frau Ministerin, die Landesregierung hat angekündigt, dass bis 2015 500 Stellen an Berufskollegs gestrichen werden sollen. Gerade an dieser Schulform fehlen Pädagogen. Fürchten Sie nicht, dass diese Ankündigung mögliche interessierte Pädagogen demotiviert?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Kollegin Schmitz, ich bin Ihnen dankbar für die Frage, weil ich dann noch mal klarstellen kann, was auch die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung gesagt hat.

Es handelt sich hier nicht um die Streichung von Stellen bei gleichzeitigem Beibehalt von Schülerinnen- und Schülerzahlen im Berufskolleg oder gar Qualitätsabbau, sondern es handelt sich um eine gewünschte Entwicklung dahin gehend, dass wir zunächst 500 Stellen in die allgemeinbildenden Schulen zusätzlich investieren, indem wir – der Kollege Schneider und ich – in gute Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung investieren, um dann zu erreichen, was die FDP in der letzten Legislaturperiode im Übrigen ausdrücklich gefordert hat, dass die Jugendlichen nicht in vollzeitschulischen Ausbildungen sind, sondern direkt in eine Ausbildungsstelle einmünden, damit sich Systeme nicht selbst sozusagen rekrutieren. Wenn wir weniger Schülerinnen und Schüler in den Berufskollegs haben, brauchen wir naturgemäß auch weniger Lehrerinnen und Lehrer.

Diese Maßnahme ist im Übrigen auch nicht neu, sondern diese Entwicklung wurde bereits in der letzten Legislaturperiode besprochen. Sie ist dem Parlament auch im Zusammenhang mit einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Weisbrich zugeleitet worden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Die Kollegin Gebauer hat eine Frage. Bitte schön, Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Erst mal herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Ministerin Löhrmann. Ich habe jetzt gelernt, dass die Fragestunde berühmt und beliebt ist – das kann ich mir auch vorstellen: am Freitagnachmittag um 16:27 Uhr. Aber als wir die Frage gestellt haben, wussten wir nicht,

dass sie hier am Freitag um diese Uhrzeit behandelt wird.

Frau Ministerin Löhrmann, meine Frage geht dahin: Wie bewerten Sie denn – Sie haben die Zahlen von Herrn Beckmann vorhin schon angesprochen – die Einschätzung von Herrn Beckmann, dass für die Umsetzung der Inklusion 10.000 Stellen statt der von der Ihnen geplanten 3.000 Lehrerstellen erforderlich sind. Dazwischen ist ja nun doch eine sehr große Diskrepanz.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Kollegin Gebauer, ich bewerte die Vorstellung so, dass Lehrerverbände gerne Maximalforderungen stellen und jede Landesregierung abwägen muss, wo sie Prioritäten setzt. Diese Landesregierung hat eine Prioritätenentscheidung getroffen. Uns ist klar, dass wir in Inklusion zusätzlich investieren werden, auch personell, was die Fortbildung anbetrifft und was die Begleitung des Prozesses angeht. Aber es ist nicht möglich, dauerhaft eine Doppelbesetzung vorzunehmen. Das haben SPD und Grüne aber auch nicht versprochen. Insofern ist es eine sehr radikale Forderung.

Es gibt daneben die Forderung, von jetzt auf gleich bestimmte Klassengrößen zu verkleinern. Auch das können wir nicht alles direkt machen. Wir haben einen schrittigen Prozess mit Investitionsschwerpunkten in Sachen Bildung verabredet. Maximalforderungen können wir nicht erfüllen.

Die Forderung einer durchgängigen Doppelbesetzung, auf die das rekurriert, was Herr Beckmann gefordert hat, teilen zum Beispiel auch nicht anerkannte Gutachter, die wir beauftragt haben, uns bei diesem Prozess zu begleiten und zu beraten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Gebauer hat eine zweite Frage. Bitte schön, Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herzlichen Dank. – Frau Ministerin Löhrmann, ich bleibe bei dem Thema „Inklusion“. Meine Frage lautet: Wie können wir zukünftig bei einem deutlichen Mangel an Sonderpädagogen die Qualität der sonderpädagogischen Förderung sicherstellen, wenn aus der geplanten berufsbegleitenden sonderpädagogischen Lehrerbildung leider eben doch nicht genug Fachkräfte hervorgehen?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Liebe Frau Kollegin Gebauer, zunächst einmal weise ich darauf hin, dass der Bedarf an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen nicht davon abhängt, an welchem Förderort die Kinder

unterrichtet werden. Das hat also vom Grundsatz her nichts mit dem Thema „Inklusion“ zu tun.

Dann weise ich darauf hin, dass Lehrkräfte jetzt fehlen und nicht in die Schulen kommen. Überlegen Sie mal, wann die hätten ausgebildet werden müssen und welche Regierung die Verantwortung dafür trägt, dass für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen nicht hinreichend Kapazitäten geschaffen wurden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich erlaube mir, darauf einmal hinzuweisen. Diese hätten nämlich vor ungefähr sieben Jahren ausgebildet werden müssen, wenn wir eine fünfjährige Studienzeit für die erste Phase der Lehrerbildung und eine bis dato zweijährige Ausbildung für die zweite Phase unterstellen. Man hätte also 2005 mit der Ausbildung beginnen müssen, um die Lehrkräfte zu bekommen, die man heute braucht. Das haben Sie versäumt.

Das Gleiche gilt im Übrigen für den Bereich Berufskollegs, der ja auch angesprochen worden ist. Der Personalratsvorsitzende der Berufskollegs hat sich bei mir ausdrücklich bedankt – er ist nicht zufrieden, er möchte gerne mehr –, dass die Kollegin Schulze und ich den Fünf-Punkte-Plan erarbeitet haben, weil endlich jemand das Problem angeht und versucht, das Problem des Lehrernachwuchses im Bereich der Berufskollegs zu lösen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Frau Schmitz hat eine zweite und damit ihre letzte Frage. Bitte schön, Frau Schmitz.

Ingola Schmitz (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin, laut Untersuchung der DGB-Jugend wurde erklärt, dass viele Auszubildende über große Klassen, über Unterrichtsausfall und über viel fachfremden Unterricht an Berufskollegs klagen. Glauben Sie, dass die von Ihnen angekündigten Maßnahmen zur Lehrgewinnung in gewerblich-technischen Fächern an Berufskollegs tatsächlich ausreichen, um diese Probleme mittelfristig zu beheben?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich glaube, dass wir mit dem Fünf-Punkte-Plan, den wir verabredet haben, mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen dazu beitragen werden, den Bedarf an Lehrkräften zu sichern, dass wir es aber nicht von heute auf morgen schaffen werden, alle Probleme zu lösen.

Die Frage der Klassengrößen hat mit der Lehrgewinnung nicht unmittelbar etwas zu tun, sondern das ist eine Frage, in welchem Maße der Landesgesetzgeber bestimmte Parameter für die Schulen festsetzt. Dazu gibt es bekanntermaßen in allen Bereichen große Schwankungen. Die Durchschnittswerte sind in Nordrhein-Westfalen nicht schlechter

als anderswo. Es gibt leider immer wieder große Klassen, und dafür gibt es woanders kleine Klassen. Das können wir nicht zwingend von Landesseite aus steuern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Als nächster Fragesteller hat sich Herr Stamp von der FDP gemeldet. Bitte schön, Herr Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Ministerin, ich habe eine Frage zur Besetzung der Stellen. Sie sprechen auf der einen Seite davon, dass im Schuljahr 2012/2013 wenige Stellen nicht besetzt seien. Auf der anderen Seite sind jedoch vor Beginn des Schuljahres von zumindest einer Bezirksregierung Mitteilungen an Schulen versandt worden, wonach Schulen nur dann mit Stellenzuweisungen rechnen dürfen, wenn sie mit mehr als 3 % der Grundstellen unterbesetzt sind. Das heißt, an den Schulen ist Unterrichtsausfall unvermeidbar, da nicht einmal die Bedarfsdeckungsquote von 100 % erreicht wird. Wie passen diese Schreiben mit Ihrer Kommunikation zusammen, dass in diesem Schuljahr die Besetzung der Lehrerstellen sehr gut verläuft?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Stamp, ich habe bei der Schuljahresauftaktpressekonferenz als auch jetzt hier die Stellenbesetzungen genannt, die wir statistisch nachgewiesen und die uns die Schulen und die Bezirksregierungen genannt haben. Das wiederhole ich gerne: Das Quorum der neu eingestellten Lehrer war sehr hoch. Wir haben 350 nicht besetzte Stellen. Die Schulen bekommen Stellen zugewiesen. Sie entscheiden dann in eigener Verantwortung, ob und wie sie sie besetzen. Manchmal entscheiden sich Schulen auch, eine Stelle mit einem Bewerber nicht zu besetzen, wenn sie die Chance sehen, vielleicht in einem halben Jahr, im weiteren Verlauf des Schuljahres die Stelle nachzubesetzen. Das sind die Zahlen, die mir vorliegen.

Dass wir systematisch angelegte Verfahren hätten, die darauf abzielen, dass wir den Unterricht nicht decken könnten, geben die Rückmeldungen, die ich bekommen habe, nicht wieder. Wenn Sie ein entsprechendes Schreiben haben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir das zur Verfügung stellen. Dann gehen wir dem nach, ob sich die Informationen mit denen, die wir haben, decken.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Ihre dritte und letzte Frage stellt Frau Gebauer. Bitte schön.

Yvonne Gebauer (FDP): Herzlichen Dank. – Frau Ministerin, Sie haben schon vorhin die erfreuliche Entwicklung bei den Stellen, die nicht besetzt wer-

den konnten, berichtet. Die letzte Zahl haben Sie von 462 auf 350 herunter korrigiert. Inwieweit sind Sie darüber informiert, dass über diese 350 Stellen hinaus Stellen vorhanden sind, die zwar besetzt sind, tatsächlich aber die Personen, die diese Stellen nominell besetzen – das ist jetzt ein bisschen schwierig –, den damit verbundenen Unterricht vor Ort gar nicht erteilen?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Kollegin, das ist keine Frage der Bewirtschaftung auf Landesebene. Wenn eine Lehrerstelle mit einer Lehrkraft besetzt ist, dann ist die Stelle besetzt. Das ist im Verfahren auch so üblich. Dass es durch Krankheit, Mutterschutz, Fortbildung im Einzelnen sein kann, dass eine Lehrkraft nicht genau diesen Unterricht erteilt, das ist eine völlig andere Frage, die mit Ihrer Fragestellung, mit welchen Maßnahmen wir den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern decken wollen, nichts zu tun hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Beantwortung der Mündlichen Anfrage 1.

Bevor ich die Mündliche Anfrage 2 aufrufe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mitzuteilen, dass der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika, **Mr. Stephen Hubler**, kurzzeitig hier zu **Gast** ist. Herzlich willkommen hier im Hohen Hause!

(Allgemeiner Beifall)

Sie haben gleich, wie ich hörte, hier noch eine Vereinbarung. Danke, dass Sie uns auf diese Weise Ihre Aufmerksamkeit schenken. Auf ein baldiges Wiedersehen hier im Hohen Haus!

Ich rufe nun die

Mündliche Anfrage 2

des Abgeordneten Ralf Witzel von der Fraktion der FDP auf:

Finanzminister beauftragt Fachanwälte mit der rechtlichen Interessenwahrnehmung der Portigon AG gegenüber dem früheren Risikovorstand der WestLB in der Angelegenheit von dessen verschwiegenem Seitenwechsel zur Helaba – Aus welchen Erwägungen heraus hält der Finanzminister bei diesem so gearteten Sachverhalt auch noch die Zahlung einer hohen Abfindung nach erfolgter Eigenkündigung dieses Topmanagers für gerechtfertigt?

Auf Beantragung der FDP-Landtagsfraktion hat sich der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags am 6. September 2012 eingehend mit